

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 17 (1976)
Heft: 20

Artikel: Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918-1948 5. Die Einheitslösung nach 1945
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094729>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



... und Wachsamkeit in der Innern Mongolei.

Teil der Sowjetunion auszuteilen. Chinas Atomforscher brauchten für den Sprung von der Kernspaltung zur Kernfusion nur drei Jahre. Die Amerikaner benötigten dafür sieben, die Russen vier Jahre. Den gleichen Weg scheinen die Chinesen beim Bau von interkontinentalen Träger raketen zu gehen. Während Amerikaner und Sowjets jahrelang mit Flüssigsauerstoff als Antriebskraft experimentierten, entschieden sich die Chinesen offenbar gleich für lagerbare und selbstzündende Treibstoffe.

Damit bildet sich zwischen Moskau und Peking ein ähnliches «Gleichgewicht des Schreckens» heraus, wie es seit langem die Ost-West-Beziehungen bestimmt. Ein Atompakt zwischen Russland und China aber zwänge den Kreml, mit den ungeliebten Brüdern in Mao auf unabsehbare Zeit zu koexistieren.

Eine militärische Lösung des sowjetisch-chinesischen Zerwürfnisses wird immer unwahrscheinlicher und selbstmörderischer. Die Sowjetunion muss sich auf einen langandauernden politischen Kampf mit der Volksrepublik China einstellen. Ob Moskau freilich in seiner jetzigen Verfassung auf die Dauer der Doppelbelastung eines politischen und ideologischen Zweifrontenkampfes gegen Ost und West gewachsen sein wird, ist äusserst fraglich.

China-Feindbild als Disziplinarhilfe im Sowjetlager

Schon setzt die innersowjetische Opposition offen auf die politische und soziale Sprengkraft des Konflikts zwischen den beiden kommunistischen Grossreichen. Die unterschwellige Hasspropaganda des Regimes gegen China wird als Versuch durchschaut, ein künstliches Feindbild aufzubauen, um längst überfällige Reformen zu hintertreiben. Die gleiche Mentalität verführte bereits Zar Nikolaus II. zum Krieg gegen Japan, aus dem Russland geschwächt und reif für die Revolution hervorging.

Von ähnlichen Zukunftsvisionen scheinen heute Männer wie der Friedensnobelpreisträger Professor Andrej Sacharow, der Dichter Lew Kopelew und der Historiker Andrej Amalrik erfüllt zu sein. In seinem ersten «Memorandum» vom Sommer 1968 hatte Sacharow noch die «Idiotie des Personenkults in China» beklagt, der «vielen Züge des Stalinismus und des Hitlerismus ins Absurde gesteigert» habe. Andershalb Jahre später rückte er von solchen Pauschalurteilen wieder ab. In seiner «Stellungnahme» hiess es nun:

«Die chinesische Frage habe ich in einem Ton behandelt, auf den ich heute vielleicht verzichten würde. Ich würde zum Beispiel China nicht mehr der Aggressivität beschuldigen. Die Frage der ‚chinesischen Drohung‘ muss neu bewertet werden.»

Auch der Historiker Amalrik sieht die inneren Widersprüche im Sowjetsystem anwachsen und glaubt, dass der Kreml seine drängenden Probleme nur durch die Flucht in ein aussenpolitisches Abenteuer lösen kann. In seiner Schrift «Kann die Sowjetunion das Jahr 1984 erleben?» sagt er für «die zweite Hälfte der siebziger Jahre» einen Krieg zwischen der Sowjetunion und China voraus. Amalrik schreibt:

«Da die Sowjetunion in militärischer Hinsicht viel stärker ist als China, wird unser Regime, dessen Politik hin und her schwankt zwischen der Furcht vor China und dem Bestreben, China seinen Willen aufzuzwingen — wie das auch zu Beginn des Jahrhunderts beim zaristischen Regime Japan gegenüber war —, von Zeit zu Zeit immer wieder versuchen, China zu erpressen, was wiederum die Chinesen nur ermuntern kann, den Krieg als erste zu beginnen, und zwar mit den für sie günstigsten Mitteln.»

Die Faktoren Japan und Westeuropa — falls sie bis dahin überhaupt noch zählen

Auch über das, was danach kommt, machte sich Amalrik schon 1969 keine Illusionen. «Sobald klar ist, dass sich der Krieg zwischen der Sowjetunion und China in die Länge zieht und dass alle Kräfte der Sowjetunion in den Osten verlagert werden und diese ihre Interessen in Europa

nicht mehr verteidigen kann, wird es vermutlich zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen... Das wiederum würde mit einem Prozess der Entsowjetisierung der osteuropäischen Länder zusammenfallen... die wie Pferde ohne Zügel vorwärtsstürmen und angesichts der sowjetischen Schwäche in Europa ihre unvergessenen, wenn auch lange verschwiegenen territorialen Forderungen anmelden: Polen auf Lemberg und Wilna, Deutschland auf Königsberg, Ungarn auf Transkarpaten und Rumänien auf Bessarabien. Es ist nicht ausgeschlossen, dass auch Finnland seine Ansprüche auf Wiborg und Petsamo vorbringt. Auch ist es wahrscheinlich, dass Japan, je mehr die Sowjetunion sich in den Krieg verstrickt, seine territorialen Ansprüche laut werden lässt — zuerst auf die Kurilen, dann auf Sachalin und schliesslich, wenn China Erfolge erringt, auch auf einen Teil des sowjetischen Fernen Ostens... Kurz gesagt, die Sowjetunion wird in vollem Umfang für die territorialen Eroberungen Stalins bezahlen müssen, wie auch für die Isolierung, in die die Neostalinisten das Land geführt haben.»

Amalriks Visions des Jahres 1984 war seiner Zeit weit voraus. Doch nicht weit genug, um nicht von der Wirklichkeit noch übertroffen zu werden. Auf dem diplomatischen Parkett in Peking hörte ich weit härtere Urteile. Ein hoher Beamter im chinesischen Aussenministerium unkte: «Falls die Sowjetunion einen Krieg entfesselt, wird sie ihn verlieren. Das sowjetische Kolonialreich stützt sich nur noch auf Bajonette. Die Massen werden sich erheben. Gibt es keinen Krieg, stirbt die Sowjetunion langsamer, sonst schneller.»

Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918 — 1948

Die Einheitslösung nach 1945

Schluss der Untersuchungsfolge von Laszlo Revesz

⑤

So uneinheitlich die Entwicklung in Osteuropa vor dem Zweiten Weltkrieg verlaufen war, so einheitlich verlief sie nachher. Sofern man als Entwicklung das bezeichnen kann, was tatsächlich eine Gleichschaltung gewesen ist, eine einheitliche Nötigung von aussen.

In den osteuropäischen Staaten wurde zwischen 1945 und 1948 eine Transformation vollzogen, deren Phasen sowohl in der Innenpolitik als auch in der Aussenpolitik bis ins Detail von Moskau kommandiert waren.

Frontenfrühling à la KP

Nach offizieller sowjetischer These standen diese Jahre im Zeichen der sogenannten «bürgerlich-demokratischen Revolution». Sie hatte wirkliche oder angebliche allgemeindemokratische Merkmale wie Landreform, Verstaatlichungen, Einführung der Arbeiterkontrolle usw. Allerdings waren diese Dinge zu keinem Zeitpunkt als Ziel der Veränderung gemeint, sondern nur als Uebergang zur obligatorischen Phase der «sozialistischen Revolution». Das war der alleinige Zweck der Uebung, den man lediglich vor

1948 der gesamten Öffentlichkeit nicht eingestand; nachher hatte man keinerlei Hemmungen, sich öffentlich der gelungenen Irreführung der bürgerlichen Demokraten zu rühmen. (Siehe dazu unsere ausführlichen Belege in der letzten Nummer, S. 16—19)

Doch schon die «bürgerlich-demokratische» Revolution fand gegen Ende ihrer Zeit durchaus unter den Bedingungen der sowjetisch gelenkten Parteidiktatur statt, die man als «Diktatur des Proletariats» rechtfertigte und rechtfertigt, obwohl es sie nie gegeben hat. Die drei Jahre zwischen 1945 und 1948 bildeten insgesamt die Periode zur Vorbereitung der Machtergreifung, die sich unmittelbar nach Kriegsende noch nicht deklarieren liess.

Für die Innenpolitik gab es in der fraglichen Umwandlungsperiode ein allgemeines Rezept: Man bildete eine sogenannte demokratische Ein-

heitsfront aller Elemente, Parteien und Organisationen, die — jedenfalls in der provisorischen Einschätzung der KP — fortschrittlich-demokratisch waren. Die gleichen Kräfte stellten denn auch die Koalitionsregierung. Auf die genaue Zusammensetzung kam es dabei nicht so sehr an, sehr wohl aber darauf, dass sich das Innenministerium — und damit der Staatssicherheitsdienst — unter allen Umständen in kommunistischen Händen befand.

Die SP im Anschlussverfahren

Dann begann der Eliminationsprozess innerhalb der Einheitsfront: Die Kommunisten bildeten zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei und zuweilen noch mit andern «linken Kräften» einen eigenen Block im Rahmen der Koalition. Dieser wandte sich nun mit allem Druck gegen die eingeschüchterten Parteien des «rechten Flügels», die darin einwilligen mussten, ihre eigenen Reihen von unerwünschten Elementen zu säubern. Das Entgegenkommen nützte ihnen natürlich nichts, denn nunmehr konnte man sie als aufgezeigte Brutstätten von Feinden erst recht widerstandslos liquidieren; sie hatten sich artig am Aushub ihres Grabes beteiligt, nunmehr kamen sie hinein. Das war die Salami-Taktik, die Rakosi dann 1952 genüsslich erläutern sollte.

Hauptverbündete der KP im Kampf gegen die «reaktionären Elemente» der Einheitsfront waren die Sozialdemokraten. Sobald sie aber diese ihre Schuldigkeit getan hatten, wurden sie ihrerseits zum Angriffsobjekt der Kommunisten.

Das führte vorerst zu einer tiefen Spaltung unter der Sozialdemokratie. Einen Teil ihrer Mitglieder warb die KP mit allen geeigneten Methoden ab; wer schon als SP-Mann für die KP-Linie eingetreten war, brauchte dabei nicht lange umgestimmt zu werden. Daneben erwies sich auch die Fortsetzung der Ueberzeugungsarbeit mit andern Mitteln als erfolgreich. Wer sich auch jetzt noch als sozialistische Alternativkraft zum KP-Rezept verstand, erlitt als Lohn für die vorherige Zusammenarbeit das gleiche Schicksal wie etwas früher die «Rechtselemente» der Einheitsfront. Konkret bestand dieses Schicksal in allen Fällen aus politischer, gesellschaftlicher und beruflicher Aechtung, in vielen Fällen aus Gefängnis, in einigen Fällen aus physischer Liquidierung. Nachdem die SP auf diese Weise herangereift war, entstand aus der bisherigen Aktionseinheit mit der KP endlich die Organisationseinheit, die vereinigte sozialdemokratisch-kommunistische Partei als eine KP unter anderem Namen. In Polen nannte und nennt man das Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, in der DDR Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, in Ungarn Partei Ungarischer Werktätiger. Dass es beim «Kompromiss» kommunistischerseits restlos mit der Namengebung sein Bewenden hatte, zeigte gleichzeitig der Fall der Tschechoslowakei, wo man die Formalität für überflüssig hielt und die «neue» Partei nach der Zwangsvereinigung unbefangen weiterhin KPTsch nannte.

Die Zwangsvereinigung der beiden Parteien fand in den verschiedenen Ländern zwischen Februar und Dezember 1948 statt, in Polen, Rumänien und Ungarn formell via Parteikongress, in der CSSR via Vorstandsbeschluss ohne auch nur den Schein einer direkten oder delegierten Konsultierung der Parteimitgliedschaft.

Nach dem Anschluss gingen die Säuberungen weiter, nunmehr in grossem Stil. Man entledigte sich jetzt aller Leute, die gemäss den inzwischen erhöhten Ansprüchen an sozialistische Gesinnung ihrerseits zu reaktionären Elementen geworden waren. Diesen Abschnitt politisch zu überleben gelang nur wenigen Sozialdemokraten; der Preis war die Verleugnung all dessen, was die SP von der KP unterschieden hatte.¹

Parallel zur Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten suchte die KP in den Jahren 1944/1945 bis 1947 auch die von ihnen bevormundete Einheit mit den Gewerkschaften und mit der Jugendbewegung. Namentlich die Gewerkschaften, die schon unmittelbar nach Kriegsende eine kommunistische Führung und Kontrolle erhielten, spielten dann bei der Zerschlagung der «bürgerlichen Reaktion» eine zugewiesene Rolle. Sie hatten neben den Parteien auch in der ersten demokratischen Einheitsfront und später in der Volksfront ihren Platz.

**Das «werktätige Volk» im arithmetischen Verhältnis:
80 Personen aus zehn Millionen**

Den Anspruch auf die Führung des Staates erhob die KP von allem Anfang an unter Berufung auf ihre Theorie, sie allein könne dank wissenschaftlicher Beherrschung des dialektischen Materialismus die Entwicklung unbeeirrbar voraussehen, die «objektiven Gesetzmässigkeiten» des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts aufdecken und zum Wohl des Volkes nutzbar machen.

In Ungarn zählte die KP zur Zeit des sowjetischen Einmarsches im Herbst 1944 laut heutigen offiziellen ungarischen Angaben 70 bis 80 Mitglieder, was sie nicht daran hinderte, im Namen des werktätigen Volkes ihren Führungsanspruch zu erheben. Bei den ersten Wahlen vom Herbst 1945 erhielt die KP trotz Anwesenheit der Sowjettruppen nur 17 Prozent der Stimmen. (59 Prozent entfielen auf die Kleinlandwirtepartei, die «dafür» bis 1948 liquidiert wurde, u. a. auch mit Hilfe direkter sowjetischer Eingriffe.)

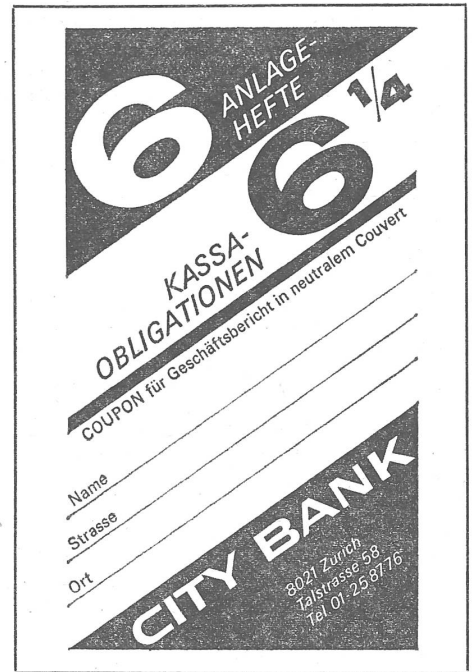
Polens vergessene Widerstandskämpfer gegen Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus

Die polnische Geschichte nach 1945 bildet ein besonderes Kapitel.

Hier gab es bewaffnete Kräfte, die den Kampf gegen Nationalsozialismus im Kampf gegen den Sowjetsozialismus fortsetzten; Hitler und Stalin hatten ja den zweiten Weltkrieg als Bündnispartner auf Kosten Polens begonnen.

So kam es in Polen zunächst zum Bürgerkrieg gegen die vom Westen im Stich gelassene «Reaktion», das heisst gegen die Ueberreste der Streitkräfte der ehemaligen Londoner Emigrationsregierung. Diese sogenannte Landesarmee (AK) leistete bis Ende 1947 Widerstand. (Noch länger, nämlich bis zum Frühjahr 1948, hielten sich Einheiten der ukrainischen Partisanenbewegung UDA.)

Die polnische Armee stand in diesem Kampf praktisch unter sowjetischer Führung und konnte überdies auf die «Hilfe» der im Lande stationierten Sowjettruppen zählen. Alle Kommandoposten waren entweder von sowjetischen Offizie-



ren (sie stellten 38 Prozent des «polnischen» Offiziersbestandes) oder von polnischen Kommunisten besetzt.²

Vom Recht auf Streik zum Recht auf Zuchthaus für Streik

Ueberall in Osteuropa wurde nach 1945 der Klassenkampf nach sowjetischem Beispiel importiert. Der erste Schlag galt dem Grossbürgertum und den Grundbesitzern. Der zweite richtete sich gegen die noch privaten Betriebe und auf dem Lande gegen die Grossbauern, die sogenannten Kulaken.

Die Kulakenjagd war besonders grausam und besonders verlogen. Die Losung lautete: In Einheit mit den armen Bauern und im Bündnis mit den Mittelbauern gegen die Grossbauern. Natürlich dauerte es nicht lange, bis die Mittelbauern ihrerseits zu Kulaken ernannt und verfolgt wurden.

In der noch nicht verstaatlichten Industrie führte man die Arbeiterkontrolle ein und anerkannte das Streikrecht. Das war ein reines Provisorium. Sobald die Verstaatlichung durchgeführt war, schaffte man das Streikrecht sofort ab. Arbeitnehmer, die durch Verlassen des Arbeitsplatzes, durch Langsamkeit oder sonstwie den Produktionsablauf störten, wurden nunmehr mit einer Brutalität bestraft, die sich die kapitalistische Ausbeutergesellschaft nie hätte leisten können. In Ungarn z. B. sah die Gesetzesverordnung Nr. 34/1947 (Art. 6) dafür Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren vor.

Ein Deportationsgesetz von Horthy und seine Erstanwendung

Im übrigen machte man mit den Gesetzen was man wollte. Unerwünschte Bestimmungen wurden unter Berufung auf die «revolutionäre Gesetzlichkeit» überspielt.

Die meisten vorhandenen Rechtsnormen blieben nominell noch mehrere Jahre in Kraft, doch wurden Richter, Verwaltungsfunktionäre und

Polizeibeamte angewiesen, sie «in Uebereinstimmung mit ihrem revolutionären Bewusstsein» zu interpretieren; die Rechtsanwendung hatte im ausschliesslichen Interesse der Revolution zu stehen.

Die neuen Machthaber scheuten sich nicht einmal, im Zeichen der revolutionären Gesetzlichkeit für die Erstanwendung früherer faschistischer Gesetze zu sorgen. So wurde in Ungarn vom Gesetz Nr. 2/1939 aus der Horthy-Zeit, das in Kriegszeiten die Ausweisung feindlicher Elemente aus den Städten erlaubte, erstmals nach der kommunistischen Machtergreifung Gebrauch gemacht (!). Im Juni/Juli 1951 deportierte man rund 70 000 Menschen aus Budapest und weitere 16 000 aus andern Städten.

Kirchlicher Taufpate für viele Kinder: Matyas Rakosi

Gegenüber den Kirchen hielt man ein gestaffeltes Vorgehen für angebracht. Zum Teil zollte man ihnen vorerst Respekt.

In Ungarn war der kommunistische Parteichef Rakosi Taufpate von zahlreichen Kindern. In Rumänien und Polen ging man sofort gegen die unierte Kirche vor, die der bereits gefügigen Orthodoxie einverleibt wurde, was übrigens der Vatikan ohne nennenswerte Proteste hinnahm. Im allgemeinen suchte man zuerst der kleinen protestantischen Kirchen Herr zu werden, indem man ihnen eine atheistische Führung aufzwang. Erst dann kam die Reihe an die stärkere katholische Kirche.

Nach Abschluss der angeblichen bürgerlich-demokratischen Revolution erklärten die einzelnen

Staaten ihre Umwandlung in Volksdemokratien. Laut offizieller Lesart sollte es nunmehr Demokratie für das Volk geben, Diktatur aber für die ausserhalb des Volkes stehenden Reaktionen, Klassenfeinde und Klassenfremde, Intellektuelle und Bürokraten. Das «Volk» war dabei die Minderheit, das Nichtvolk die Mehrheit.

Die Nationalitätenfrage und ihre Auflösung im allgemeinen Gehorsam

Echte Fragen von Minderheiten ethnisch-kultureller Art belastete die innenpolitische Entwicklung in zwei Staaten, nämlich in Polen und in der Tschechoslowakei.

In Polen schloss das Dekret vom 13. 9. 1946 alle Personen deutscher Herkunft kollektiv aus der polnischen Volksgemeinschaft aus, eine Massnahme, die erst 1962 vom Gesetz über die Staatszugehörigkeit zurückgenommen wurde, das gleiche Rechte für alle Staatsbürger proklamierte.

Für die Diskriminierung der nichtslawischen Bewohner der Tschechoslowakei nach dem Krieg ist das Dekret des Staatspräsidenten vom 21. 6. 1945 (Art. 1) charakteristisch:

«Zur Durchführung der Bodenreform ist unverzüglich und ohne Schadenersatz jegliche Liegenschaft von allen Personen deutscher und ungarischer Herkunft ohne Rücksicht auf ihre Staatsbürgerschaft zu beschlagnahmen.» Eine Ausnahme war dabei nur für Personen vorgesehen, «die für die Integrität und Befreiung der Tschechoslowakischen Republik gekämpft haben».

Aber wer hatte 1938/1939 oder später für die tschechoslowakische Staatlichkeit gekämpft?

Erst im August 1944 war der «slowakische Nationalaufstand» ausgebrochen, und dabei hatten, was heute in Prag im Unterschied zu früher auch offen zugegeben wird, zahlreiche Angehörige der ungarischen Minderheit und sogar Deutsche mitgemacht.

Der konfiszierte Boden wurde einem nationalen Fonds zugeführt, um «Personen slawischer Nationalität» zugeteilt zu werden (Art. 7). Bei fehlenden Ansprüchen fiel er dem Staate anheim. Nun, die Verstaatlichung wurde später zum allgemeinen Schicksal, aber ihre Vorwegnahme in diesen Fällen zeigt die Diskriminierung von Volksgruppen. Auf andern Gebieten war sie noch direkter zu haben. Deutsche und Ungarn verloren ihre Staatsbürgerschaft; man schloss sie aus der Partei und aus den öffentlichen Aemtern aus; man deportierte sie.³ Man schloss deutsche und ungarische Schulen, man verbot den Gebrauch der deutschen und ungarischen Sprache, vielerorts sogar den muttersprachlichen Gottesdienst. Nach der Machtergreifung vom Februar 1948 rehabilitierte man die ungarische Minderheit, wofür nunmehr die KPTsch das Verdienst für sich beanspruchte. Man hatte unterdessen dafür gesorgt, dass sich Mehrheiten und Minderheiten dem gleichen Gehorsam unterziehen mussten. (Schluss)

Anmerkungen

¹ Laszlo Revesz: «Die Liquidierung der Sozialdemokratie in Osteuropa», Bern 1971.

² «Wojskowy przeglad historyczny», Warschau, Nr. 4/1972.

³ «Uj szo», Bratislava, 22. Januar 1966 bei der Besprechung eines Buches von J. Zvara über «Die Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage in der Slowakei».

Einzelhefte/DH 4 50 / str. 5.- / 85 30.-
B 6869 EX
Williams S. Schlamm
Zeitbühne
September 1976 / Heft 9 (6. Jahrgang)
Beiträge von
Otto von Habsburg
Winfried Martini
Thomas Chalmowicz
Hans Graf Huyn
Hans-Georg von Studnitz
Wulf Dieter Burwitz
Hans Weigel
Walter Hoeres
Gerd-Klaus Kaltenbrunner
Janko von Musulin
Otto Scheel

Die «ZEITBÜHNE» wird von William S. Schlamm herausgegeben. William S. Schlamm und namhafte Autoren der internationalen Publizistik kommentieren das aktuelle Geschehen und machen Alternativen sichtbar. Die «ZEITBÜHNE» versteht sich als engagiert politisches Organ, das niemandem verpflichtet sein will.

Lernen Sie die «ZEITBÜHNE» kennen. Schicken Sie den Informationsgutschein an:
«ZEITBÜHNE», D-8000 München 19
Winfriedstrasse 11
oder
A-5024 Salzburg, Postfach 108
oder
CH-6300 Zug, Im Rötel 1

Informations- Gutschein

für kostenlose, unverbindliche Zusendung von zwei Probeheften der «ZEITBÜHNE».

(bitte an folgende Adresse:)
